

Bündnis für Flüchtlinge

Kaufbeuren, Ostallgäu und Umgebung

www.BfF-KF-OAL.de

Offener Brief an

Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
Herrn Bundesinnenminister Thomas de Maizière
Herrn Ministerpräsident Horst Seehofer
Herrn Bayerischen Innenminister Joachim Herrmann
Herrn Bundestagsabgeordneten Stephan Stracke
Bundestagskandidaten für den Wahlkreis 257 Ostallgäu

06.12.2016

Keine Abschiebung von Flüchtlingen nach Afghanistan

Afghanistan befindet sich seit Jahrzehnten im Krieg. Die gegenwärtige Lage ist geprägt von heftigen Kämpfen, Bombenanschlägen und Terror. Bedrohungen und Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung gehören zum Alltag. Weit über eine Million Menschen sind innerhalb des Landes auf der Flucht.

In ersten Halbjahr 2016 forderte der Krieg über 1.600 Tote und mehr als 3.500 Verletzte unter der afghanischen Zivilbevölkerung.

Die humanitäre Situation in Afghanistan ist laut UNHCR (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen) katastrophal.* Eine Besserung ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Wer Afghanistan zum sicheren Herkunftsland erklärt, verschließt seine Augen vor der Wirklichkeit.

In den letzten Jahren galt ein Abschiebe-Stopp für Flüchtlinge aus Afghanistan. In der jetzigen Lage will Deutschland die afghanischen Flüchtlinge wieder zwangsweise zurück schicken, nachdem sie oft unter Lebensgefahr bis zu uns gelangt sind. Unter ihnen machen sich zunehmend Verzweiflung und Angst vor Abschiebung breit. Selbst afghanische Flüchtlinge in Ausbildung sollen in Bayern abgeschoben werden. Auch die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Helfer in der Flüchtlingsarbeit leiden unter dieser schlimmen Situation.

Wir sehen Zwangsabschiebungen nach Afghanistan als staatliches Unrecht an, das den christlichen Grundwerten und dem humanitären Empfinden widerspricht und „weder durch staatliche Verträge, noch durch das Grundgesetz gedeckt ist.“*

Deshalb fordern wir von allen politisch Verantwortlichen:

- **Keine Abschiebungen von Flüchtlingen nach Afghanistan**
- **Sicheres Bleiberecht für Flüchtlinge aus Afghanistan**
- **Zugang zu Integrations- und Sprachkursen für alle Flüchtlinge**

*Offener Brief der IPPNW (Internationale Ärzte in sozialer Verantwortung) an Bundeskanzlerin, Bundesregierung und Innenminister vom 17.11.2016

Ich unterstütze diese Erklärung.

Name:	Vorname:	Titel / Amt / Beruf:	Wohnort	Unterschrift	Einverstanden mit Veröffentlichung*

* Mein Name darf bei der Veröffentlichung einer Anzeige in der Presse genannt werden: Ja / Nein

Die vorliegende Erklärung soll im Januar 2017 in einer großen Zeitungsanzeige veröffentlicht werden.

Senden Sie bitte die ausgefüllte Liste zurück an: Bündnis für Flüchtlinge
c/o Generationenhaus
Baumgarten 32
87600 Kaufbeuren

Zur Finanzierung der Anzeige sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen. Wir freuen uns über eine Überweisung auf das Konto von Dagmar Werner, IBAN: DE49734500003595097647 bei der Sparkasse Kaufbeuren mit dem Stichwort: „Bündnis“. Vielen Dank!